

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the map of Morocco.

# Demokratie kann schockieren

## Das islamistische Experiment der Marokkaner

ULRICH STORCK  
Dezember 2011

- Der arabische Frühling bringt die Islamisten an die Macht – so auch in Marokko. Der Sieg der gemäßigt islamistischen PJD (*Parti Justice et Développement* – Gerechtigkeit und Entwicklung) ist eine Konsequenz des Reformprozesses, den das Land seit dem Frühjahr durchlaufen hat. Demokratie bedeutet, auch unbequeme Mehrheiten zu akzeptieren: die konsequente Umsetzung der neuen Spielregeln – bekundet in der Nominierung des PJD-Führers zum Regierungschef – zeugt von neuer politischer Reife.
- Unter den internationalen Partnern sind seit der Tunesien-Wahl islamistisch geführte Regierungen salonfähig geworden. Aus den USA und der EU waren durchweg positive Bewertungen des fair und transparent durchgeführten Wahlprozesses zu hören, keinerlei Kritik zu seinem Ergebnis.
- Die Marokkaner haben weder mehrheitlich islamistisch gewählt, noch ist der Sieg der PJD Ausdruck einer expandierenden Islamisierung der Gesellschaft. Viele Bürger wählten die einzige politische Option, die für sie Aufbruch und Neuanfang verkörpert und strafte die diskreditierten etablierten Parteien ab. Die PJD ist mit keinem religiösen Wahlprogramm angetreten, vielmehr fokussiert es auf die Kernprobleme des Landes, die auch die Protestbewegung seit Februar einfordert: soziale Gerechtigkeit, Korruptionsbekämpfung, eine Bildungs- und Gesundheitsoffensive sowie einen neuen, bürgernahen Politikstil.
- Die PJD hat ein gutes Viertel der Parlamentsmandate errungen, aber keine Mehrheit. Sie stellt den Regierungschef, wird aber in eine Koalition mit drei der etablierten Parteien gezwungen. Diese Koalition, aber auch die neue Verfassung sowie die Prämogative des Königs werden als Garantien dafür angesehen, dass die zukünftige Regierungslinie keine radikal-islamistische Züge tragen wird.

## Ein weiterer »historischer« Meilenstein

»Historisch« ist ein Attribut, das in diesem Jahr einer Vielzahl politischer Ereignisse in der arabischen Welt zugeordnet wird. So auch in Marokko: mit einer »historischen« Rede kündigte König Mohammed VI. im März einen tiefgreifenden politischen Reformprozess an als Reaktion auf die Massenproteste, die der arabische Frühling auch im fernsten Westen dieser Region auslöste. »Historisch« war ebenfalls das sommerliche Referendum, mit dem zwei Drittel der Bürger eine neue Verfassung ratifizierten, die ihnen wie nie zuvor Rechte und Freiheiten garantiert und das *Governance*-System umfassend reformierte (vgl. FES-Perspektive 9/2011 »*Arab Spring Light*«). Nun erhält auch die vorgezogene Parlamentswahl am 25. November – notwendig geworden durch die Verfassungsänderungen – das Attribut »historisch«, insbesondere hinsichtlich ihres Ergebnisses: erstmals in der Geschichte des Landes geht eine (gemäßigt) islamistische Partei als Sieger hervor und ist mit der Regierungsführung beauftragt. Und es ist kennzeichnend für diesen politischen Meilenstein, dass dies weder im In- noch Ausland auf Widerstand stieß, sondern eher als Zeichen politischer Reife gewertet wird.

## Ein neuer rechtlicher Rahmen schafft Transparenz und verhindert Manipulation

Die Verfassungsreform vom Juli hat sowohl die Wahlmechanismen neu geregelt, als auch die Befugnisse der marokkanischen Exekutive und Legislativen erweitert. Konnte der König vormals einen ihm gefälligen Premierminister nach Gutdünken bestimmen, ist die Ernennung des Regierungschefs jetzt direkt an das Wahlergebnis gekoppelt: das Wort des Volkes zählt nun mehr. Dazu wurde die Beteiligung von Frauen und Jugend sichergestellt: im auf 395 Sitze gewachsenen Parlament (vormals 325) wurden in einer nationalen Liste 60 Mandate für weibliche und 30 für junge (in Marokko als unter 40-jährige definiert!) Abgeordnete reserviert. Weitere gesetzliche Neuregelungen betrafen den Zuschnitt der Wahlkreise, eine gerechte Verteilung der staatlichen Unterstützung sowie der Sendezeiten in öffentlichen Medien an alle Parteien gleichermaßen. Darüber hinaus wurde eine unabhängige Wahlbeobachtung rechtlich abgesichert, das Mandat dazu erhielt der neugegründete Nationale Menschenrechtsrat. Konnte sich die Staatsmacht in den vergangenen Wahlen nie vollständig dem Vorwurf von

geschickter Vor- und Nachbesserung der Ergebnisse erwehren – insbesondere zur Eindämmung der »staatsfeindlichen« islamistischen Bewegung – wurde dem Land am 25. November erstmalig von den internationalen, nationalen und unabhängigen zivilgesellschaftlichen Beobachtermissionen gleichlautend freie, faire und transparente Wahlen bescheinigt. Erstmals gab es keinerlei Proteste der Wahlverlierer, vielmehr gratulierten in guter demokratischer Manier alle Parteien umgehend dem Wahlsieger PJD.

## Wahlbeteiligung und Wahlboykott

Die Wahlbeteiligung war in dieser Wahl nicht nur Ausdruck des politischen Interesses der Bevölkerung. Sie war darüber hinaus ein Indikator dafür, inwieweit die Bürger dem politischen Reformprozess Vertrauen und Glaubwürdigkeit zumessen, ob die Bevölkerung ihre Mitwirkungsmöglichkeit an Veränderungen auch selbst als »historisch« wahrnahm.

Belastet wurde dieser Indikator bereits im Vorfeld, indem die in der Protestbewegung des Frühjahrs verbliebenen Kräfte – eine inkonsistente Allianz aus Jugendlichen der »Bewegung 20. Februar«, radikal-islamistischer Kräfte sowie einigen Kleinparteien der extremen Linken – zum Wahlboykott aufriefen. Taktisch geschickt deklarierten sie vor dem Urnengang jede nicht abgegebene Stimme als eine Unterstützung ihres Boykottaufrufs – und damit als einen Anhänger ihrer Bewegung.

Die letzte Wahlbeteiligung von gut 45 Prozent wurde – im Vergleich mit den mageren 37 Prozent bei der letzten Parlamentswahl 2007 – als deutliche Unterstützung des Reformprozesses gedeutet. Verglichen mit der Beteiligung am Referendum von 73 Prozent nur wenige Monate zuvor erscheint die Zahl freilich dürftig. Allerdings: viele potentielle Wähler – beispielsweise Staatsdiener wie Militär, Polizei, Richter – hatten im Referendum Wahlrecht, bei Parlamentswahlen nicht. Dazu motivierte der Aufruf des Königs selbst zur Abstimmung über Grundgesetz und Zukunftskurs des Landes sicherlich eher zur Stimmabgabe als die Wahl zu politischen Instanzen, denen viele Marokkaner ihr Vertrauen bereits entzogen hatten. Wählen ist ohnehin kaum Teil der politischen Tradition des Landes, zu einer demokratischen Kultur ist es insbesondere unter den schlechter ausgebildeten Teilen der Bevölkerung noch ein langer Weg. Im

Kontext Marokkos – hier sind sich alle Beobachter einig – waren 45 Prozent ein ermutigendes Ergebnis, das der Fortführung des Erneuerungsprozesses die nötige Kreditfähigkeit verleiht.

### Die wenig überraschenden Ergebnisse

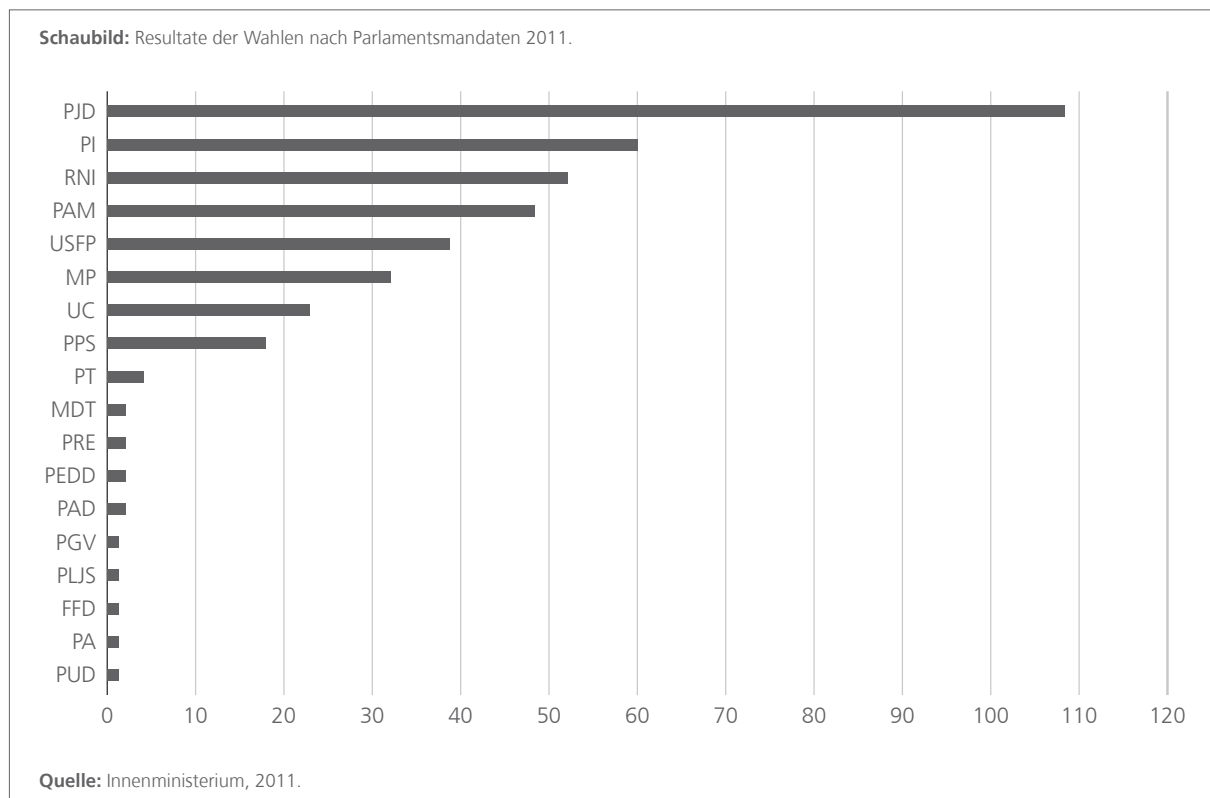
Die gemäßigt islamistische Partei PJD hat mit über einem Viertel der Mandate (107 von 395) und einem Zuwachs von 61 Abgeordneten die Wahl noch deutlicher als prognostiziert gewonnen. Angesichts dieses eindeutigen Ergebnisses – und auch angesichts des Abstands zum zweiten Platz der konservativen seitherigen Regierungspartei Istiqlal mit 60 Mandaten – blieb dem König keine Wahl: gemäß der neuen Verfassung musste er den von ihm wenig geliebten PJD-Vorsitzenden Abdelilah Benkirane als Regierungschef mit der Kabinettsbildung beauftragen.

Das Gesamtpanorama des Parlaments stellt sich konsolidierter dar als in der auslaufenden Legislaturperiode. Dies ist nicht etwa den neuen Wahlgesetzen geschuldet: im Gegenteil wurde die Prozenzhürde auf nationaler Ebene sogar von sechs auf drei Prozent gesenkt, sicherlich um den Boykottdrohungen einiger Kleinparteien zu

begegnen und eine zufriedenstellende Wahlbeteiligung nicht zu gefährden. Kritiker vermuteten dahinter die bewusste Inkaufnahme einer weiteren Zersplitterung der Mehrheitsverhältnisse seitens des Innenministeriums, das bei mehrheits- und damit handlungsunfähiger Legislative an Einfluss gewonnen haben könnte. Auch falls dies so gewesen sein sollte – die Wähler haben dennoch für klare Verhältnisse gesorgt: von den 31 aufgestellten Parteien sind lediglich 18 ins Parlament eingezogen (2007: 33 Parteien), dabei verteilte sich das Gros der Stimmen auf acht große Parteien, zehn weitere bleiben mit ein oder zwei Sitzen eher bedeutungslos. Nicht nur durch die Landeslisten, auch durch die aufgestellten Direktkandidaten hat sich das Parlament erheblich verjüngt und verweiblicht (67 weibliche Abgeordnete, seither 35).

### Die neue Regierungskoalition

Der designierte Regierungschef hat im Rahmen der Koalitionsverhandlungen jeder der großen Parteien ein Gesprächsangebot gemacht, ausgenommen der PAM (Partei der Authentizität und Modernität), die als eine staatlich gelenkte Operation zur Bekämpfung der Islamisten wahrgenommen wird. Dabei sah er sich zunächst zwei Wahlbündnissen gegenüber: einerseits



der traditionellen »Koutla«, dem aus der Zeit Hassan II. stammenden Bündnis der damaligen Oppositionsparteien, die sich seit 1998 stetig an der Macht hielten. Andererseits der vor der Wahl explizit zur Eindämmung der Islamisten geschlossenen »Allianz für Demokratie – G8«, einem Regenbogenbündnis aus acht Parteien jeglicher Couleur unter der noch vor einem Jahr dominierenden »Palastpartei« PAM. Der Wahlsieg der PJD hat beide Bündnisse gesprengt: zwei Wochen nach der Wahl ist die Regierungskoalition zwar noch nicht offiziell verkündet, inoffiziell jedoch bereits ausgehandelt: danach summieren sich zu den 107 Mandaten der PJD die 60 der konservativen Istiqlal sowie 18 der linken PPS (*Parti du Progrès et du Socialisme*). Diese beiden seitherigen Regierungsparteien der »Koutla« verteidigten ihr Paktieren mit den Islamisten mit übergeordneten nationalen Interessen, denen ideologische Orientierungen unterzuordnen seien – insbesondere bemerkenswert für die PPS als ehemals kommunistische Kraft. Wie auch in den vergangenen Wahlen zeigt sich, dass in Marokko die ideologische Abgrenzung stets hinter die Machtinteressen der Parteien und ihrer Führer zurücktritt. Einzig die sozialdemokratische Partei USFP (*Union Socialiste des Forces Populaires*) bewies Konsequenz und optierte freiwillig für die Oppositionsbank, dies jedoch eher ihrer steten Erosion – hinsichtlich politischer Statur und folgerichtig auch Mobilisierungskraft – zuschulden als ideologischer Skrupel. Mit dieser Entscheidung hat die USFP gleichzeitig das traditionelle, inhaltlich ohnehin seit langem gesichtslose »Koutla-Bündnis« zu Grabe getragen. Zur Erlangung einer soliden Regierungsmehrheit steht an ihrer Stelle die national-liberale Partei MP (*Mouvement Populaire*) zur Verfügung, die aus dem G8-Bündnis ausgeschert. Mit ihren 32 Mandaten zählt die neue Regierungskoalition 217 von 395 Abgeordneten. Nachdem die parlamentarische Mehrheit abgesichert ist, kommt nun die Phase des Pokers um die Ressortverteilung in vollen Gang. Bis Weihnachten bleibt der PJD Zeit, eine für alle Koalitionäre zufriedenzustellende Verteilung der circa 30 Ministerposten auszuhandeln.

### Warum wählt Marokko islamistisch?

Es wäre zu schematisch, den Wahlsieg der Islamisten alleine in der Logik des arabischen Frühlings zu verorten: nach Tunesien nun Marokko, in Folge Ägypten und eventuell bald auch Libyen. Sicherlich ist die Gründung der marokkanischen Protestbewegung im Februar von

den Ereignissen in den Nachbarländern angestoßen worden. Ihre Kritik und Forderungen wurden einzig von der PJD programmatisch aufgegriffen und haben daher ihrem Sieg in die Hände gespielt. Trotzdem ist das Erstarren des gemäßigt-islamistischen Lagers einmal mehr ein marokkanischer Sonderfall.

Seit ihrer Gründung 1996 ist die PJD stetig im Aufwind: war sie mit ihrem ersten Wahlergebnis 1997 von nur neun Sitzen eher noch als Splittergruppe zu verbuchen, gewann sie 2002 bereits 42 Parlamentsmandate und wurde damit stärkste Oppositionspartei. In der letzten Wahl 2007 wurde sie mit 46 Sitzen zweitstärkste Partei hinter der Regierungspartei Istiqlal. Noch vor vier Jahren war das Koalieren mit den Islamisten unter den etablierten Parteien geächtet – die PJD entschied sich einmal mehr für die Oppositionsbank. Es ist kaum überprüfbar, ob bei den vorangegangenen Wahlen Manipulationen von staatlicher Seite stattfanden zu Ungunsten der PJD, und ob bei transparenteren Wahlprozessen bereits 2007 ein Sieg möglich gewesen wäre. Jedenfalls hat der neue rechtliche Rahmen dies jetzt verhindert: mit der vom König selbst angestoßenen Verfassungsreform hat die Monarchie sehenden Auges in Kauf genommen, dass sich die PJD in ihrer realistischen Größe zeigen und die politische Führung übernehmen kann.

Trotzdem wäre es übertrieben zu behaupten, dass es unter den Marokkanern eine islamistische Mehrheit gibt: von den circa 21 Millionen wahlberechtigten Bürgern haben sich lediglich 60 Prozent in Wählerlisten eingeschrieben, von denen circa sechs Millionen ihre Stimme abgaben. Das gute Viertel, das auf die PJD fiel, waren demnach nur circa 1,5 Millionen Stimmen bzw. sieben Prozent der wahlberechtigten Bürger. Diese Zahl macht deutlich, dass ihr Wahlsieg gerade auch den Nichtwählern und Boykotteuren zu verdanken ist. Dazu spielten einige weitere Faktoren zu ihren Gunsten zusammen:

- Die PJD hat die langen Oppositionsjahre für ihre Basisarbeit genutzt, mit sozialen Projekten Vertrauen erlangt und konnte ihre gut organisierte Stammwählerschaft (2007: circa eine halbe Million) zur Stimmabgabe mobilisieren, was den etablierten Parteien – und insbesondere der Linken – in wesentlich geringerem Maße gelang.
- Die PJD führte eine gut konzipierte, bürgernahe Wahlkampagne mit klaren Botschaften und konnte damit viele Wechselwähler für sich überzeugen. Sie stellte sich

darin als einzige Option für eine politische Wende dar, und griff mit ihren Kernthemen einer demokratischeren Bürgerbeteiligung, Verantwortlichkeit und Moral im politischen Leben sowie der Bekämpfung von Korruption und Klientelismus nicht nur zentrale Forderungen der Protestbewegung auf, sondern entsprach auch der Stimmungslage in der Bevölkerung.

- Schließlich profitierte sie von den Stimmen einer Vielzahl von Protestwählern, die weniger auf PJD-Linie lagen als vielmehr die diskreditierte, überalterte und erstarbte politische Klasse abstrafen wollten.

Die PJD ist die einzige der großen marokkanischen Parteien, die mit einem noch unverbrauchten Personalportfolio antreten konnte und – als noch niemals dem Regierungsbetrieb angehörig – von dem weitverbreiteten Misstrauen in die politische Klasse verschont ist. Sie machte bereits auf der Oppositionsbank von ihrer Freiheit Gebrauch, die herrschende Korruption und Vetternwirtschaft in der Politik rücksichtslos anzuprangern. Der PJD ist es zudem als einziger Partei gelungen, von den Straßenprotesten zu profitieren. Sie wurde nicht gewählt, weil die marokkanische Gesellschaft konservativer oder religiöser geworden ist, wenngleich eine Rückbesinnung auf eine eigene arabische Identität – und dazu gehört nun einmal der Islam – eine durchgängige Tendenz in den Ländern der Region darstellt, die mit dem Sieg über die Unterdrückungen der Vergangenheit einhergeht.

Die Marokkaner wählten den Wandel – allerdings im Rahmen des bestehenden Systems – und die PJD konnte das einzige glaubhafte politische Projekt dafür anbieten. Sie garantiert mit ihrem klaren Bekenntnis zur Monarchie Kontinuität und den Schutz vor radikalen Umbrüchen, gleichzeitig verspricht sie ein neues, partizipatives politisches Handeln und populäre Politikinhalt wie soziale Gerechtigkeit, Beschäftigung, Bildung und Armutsbekämpfung. All dies kann sie als seitherige Oppositionspartei versprechen, für Misserfolge der Vergangenheit ist sie nicht verantwortlich. Die nun in sie gesetzten Erwartungen sind übermäßig hoch, es ist bereits absehbar, dass ihre Wahlversprechen zumindest kurzfristig kaum erfüllbar sind. Die neue Regierung übernimmt ihre Verantwortung in einer wirtschaftlich und sozial extrem schwierigen Zeit in einem aufgeheizten innenpolitischen Klima, das sich seit dem »marokkanischen Frühling« noch nicht beruhigen konnte. Ihre Wählerschaft wird ihre ersten Schritte noch genauer

beobachten als es bei anderen Parteien der Fall wäre, von denen ohnehin nichts erheblich Neues erwartet wird.

## Die erodierte marokkanische Linke

Die Linke Marokkos hat in der Novemberwahl nochmals deutlich an Gewicht verloren: die beiden an der seitherigen Regierung beteiligten Linksparteien USFP und PPS haben zusammen weniger als 15 Prozent der Parlamentsmandate errungen. Gleichzeitig hatten sich einige Splitterparteien des linksradikalen Spektrums mit dem Boykottaufruf der Protestbewegung solidarisiert und damit selbst in die Irrelevanz verbannt.

Die große sozialdemokratische Partei Marokkos USFP hat einmal mehr eine Schlappe hinnehmen müssen. Zwar hat sie mit 39 Mandaten eines dazugewonnen im Vergleich zu 2007, angesichts der Vergrößerung des Parlaments um 70 Sitze jedoch prozentual verloren (von zwölf auf zehn Prozent): insgesamt tritt sie auf Rang fünf der Parteien auf der Stelle. Seit 1998 in Regierungskoalitionen mit konservativen Kräften zum Konsens verpflichtet, gelang es ihr auch in der auslaufenden Legislaturperiode nicht, ein unterscheidbares ideologisch-politisches Profil aufzubauen und ihren Wählern zu vermitteln. Ohne mit eigenen Erfolgen in der Regierungspolitik glänzen zu können, gilt sie für viele heute als die Partei der »Dinosaurier« – ihr 76-jähriger Vorsitzender Radi bspw. wird seit 1963 ununterbrochen im gleichen Wahlkreis wiedergewählt – der es kaum gelungen ist, ihr Personalangebot zu verjüngen. Dies wiegt schwer in einer Zeit, in der die Protestbewegung auf der Straße insbesondere die Beteiligung der Jugend in der Politik einfordert. Auch zu den Demonstranten konnte die USFP nur eine ambivalente und zaudernde Position einnehmen: innerparteilich konfrontierte eine durchaus der jungen Protestbewegung zugeneigte Basis die überalterte Führungsspitze.

Es war die einzig richtige – und parteiintern mit ungewohntem Konsens gefällte – Entscheidung, an einer PJD-geführten Regierungskoalition nicht mitzuwirken. Auf der Oppositionsbank wird die Partei nun die Möglichkeit haben, sich programmatisch und personell neu aufzustellen und wieder zu einer progressiven Kraft zu erwachsen. Die neue Verfassung hat auch die Rolle der Opposition gestärkt, und ein konstruktiver, fortschrittlicher linker Block als Gegengewicht zur islamistisch-

konservativen Mehrheit ist für die parlamentarische Kontrolle der neuen Regierung sicherlich ein Gewinn.

### Kohabitation mit einem modernen König

Bereits im Vorfeld der Wahlen wurde intensiv über die Stolpersteine einer Kohabitation zwischen einem modernen König und einem konservativ-religiösen Regierungschef spekuliert. Natürlich ist davon auszugehen, dass der Königspalast die Stärke der PJD einschätzen konnte und somit diese mögliche Konstellation bewusst in Kauf genommen wurde. Die Übertragung von erheblichen Kompetenzen der Monarchie auf den Regierungschef und die Stärkung der exekutiven und legislativen Instanzen durch die neue Verfassung ist auch als ein strategischer Schachzug der Monarchie zu verstehen. Eine mit mehr Rechten, aber auch mehr Verantwortlichkeiten ausgestattete politische Klasse bildet eine »Pufferzone« zwischen Volk und Monarchen, die ihn vor der Anfechtung von politischen Misserfolgen seitens der unzufriedenen Bevölkerung schützt (vgl. FES-Perspektive 9/2011 »Arab Spring Light«). Dass sich nun – von der Bevölkerung so entschieden – eine neue, unverbrauchte politische Kraft an den drängenden Herausforderungen des Landes abarbeiten wird, kann nicht ungelegen sein. Zudem positioniert sich der neue Regierungschef Benkirane deutlich als Freund und Unterstützer der Monarchie.

Inzwischen wappnet sich der Königspalast bereits für eine Zusammenarbeit mit den wenig geliebten Islamisten und baut augenfällig ein Gegengewicht zur PJD-Regierung auf. Kennzeichnend dafür ist die gerade abgeschlossene Aufstockung des königlichen Kabinetts um etliche politisch schwergewichtige und kompetente Berater: mit den ehemaligen Vorsitzenden der Kommissionen zur Regionalisierung und zur Verfassungsreform hat sich Mohammed VI die Architekten der beiden größten politischen Reformprojekte der nahen Vergangenheit an seine Seite gestellt. Auch der ehemalige Tourismusminister hat die Seite gewechselt und wird sicherlich aus dem Königspalast diesen wirtschaftlichen Boomsektor – gerade mit über zwei Milliarden Euro Investitionsvolumen aus den Golfstaaten frisch alimentiert – nicht aus den Augen verlieren. Letzter Neuzugang ist der einflussreiche Fouad El Himma, der vor nur drei Jahren mit der Gründung der Partei PAM – zunächst sehr erfolgreich – die politische Landschaft umzugestalten suchte und letztlich an den

Islamisten scheiterte. Mit diesem Zugewinn an Kompetenz und Einfluss scheint sich das königliche »Schattenkabinett« neu aufgestellt zu haben für seine zukünftige Beziehung mit der PJD-Regierung. Eine enge Beobachtung und Kontrolle ihrer Arbeit scheint der neuen Exekutive gewiss, gleichzeitig dürfte an höchster Stelle die Überwachung nationaler Großprojekte – wie der Ausbau der touristischen Infrastruktur – sichergestellt werden. Die Unterstellung von Misstrauen gegenüber den in Regierungsgeschäften unerfahrenen Islamisten wäre verfrüht, und es bleibt zu beobachten, wie die neue Exekutive ihr erweitertes Mandat auszufüllen und das ihr verfassungsmässig zugesprochene politische Terrain abzustecken vermag.

### Wie islamistisch ist die PJD?

Obwohl man sich durchaus noch der Stimmen von PJD-Präsidiumsmitgliedern erinnert, die in der Vergangenheit das Bestrafen von Dieben durch Handabhacken, Geschlechtertrennung an Badestränden und Auftrittsverbot für homosexuelle Künstler forderten, hat sich der Diskurs der Partei in den letzten Jahren schrittweise von radikal-religiösen Positionen verabschiedet. Heute orientiert sich die PJD nach eigener Aussage eher am Vorbild der türkischen AKP. Misst man die PJD an ihren Taten, so besticht sie durch eine insbesondere in der vergangenen Legislaturperiode konstruktive und kompetente Parlamentsarbeit. Im Unterschied zu Tunesien und Ägypten waren die marokkanischen gemäßigten Islamisten weder im Exil noch verboten – sie stehen seit fast 15 Jahre unter Beobachtung der Öffentlichkeit auf der politischen Bühne. Man glaubt sich daher in Marokko sicher, dass von dieser Partei keine negativen Überraschungen zu erwarten seien. Zudem hat es Parteiführer Benkirane nicht versäumt, in seiner Wahlkampagne regelmäßige Botschaften der Beruhigung auszusenden: wie sich die Marokkaner kleiden, was sie wann essen und trinken, sei für seine Regierung nicht von Interesse, gegen Frauenfeindlichkeit spräche alleine die höchste Frauenquote aller Parlamentsfraktionen (18 Abgeordnete). Insbesondere die internationalen Partner des außenabhängigen Landes besänftigt er mit klaren Bekenntnissen zur außenpolitischen Kontinuität, dem Schutz von Investitionen und der weitergehenden Förderung des Tourismus ohne religiös motivierte Einschränkungen.

Doch auch wenn sie dies wollte, die PJD hätte trotz Wahlsieg auch zukünftig kaum die Macht, den Marokkanern

ihre bisher erlangten individuellen Freiheiten nach Belieben einzuschränken. Sowohl »über« ihrer Regierung als auch »unter« ihr stehen eine Vielzahl von Instanzen und Akteuren als Bastionen gegen eine – wenn denn intendierte – Islamisierung der Gesellschaft bereit. Als höchster gesetzlicher Rahmen ist seit Juli eine Verfassung in Kraft, die in einer bisher nie gekannten Weise die Freiheits-, Menschen- und Frauenrechte garantiert, dem Bürger und seinen zivilgesellschaftlichen Interessensvertretungen Mitwirkungsrechte garantiert, über die sich keine Regierung stellen kann. Vielmehr sind dieser jetzt weitgehende öffentliche Rechenschaftspflichten auferlegt. Weiterhin hat sich auch im neuen Grundgesetz die Monarchie ihre Eingriffsrechte vollständig bewahrt, mit denen ein fortschrittlicher, dem Islamismus eher abgeneigter König seine Kontrollhoheit über die Regierung ausüben kann. Eine spezifische Konstellation kennzeichnet das Land hinsichtlich der Religion selbst: sie und ihre Auslegung sind Monopol des Königs, als »Kommandeur der Gläubigen« steht er mit einem quasi heiligen Status allen theologischen Einrichtungen vor. Selbst in der Regierung entscheidet die PJD nicht alleine, ihre Politik bedarf des Konsenses ihrer Koalitionspartner. Im legislativen Prozess wird sie dazu auf eine starke parlamentarische Opposition treffen, in der ein progressiv-linkes sowie ein bürgerlich-liberales Lager ihre Kontrollfunktion auszuüben gedenken. Nicht zuletzt steht auch die lebendige, aktive Zivilgesellschaft des Landes bereit, um aufmerksam über den Respekt der Bürger-, Menschen-, Frauen- und Freiheitsrechte zu wachen und die Politik der neuen Führung kritisch zu begleiten.

Wenngleich ein Umschwung in radikal-religiöse Gesellschaftsentwürfe durch all diese Bollwerke ausgeschlossen werden dürfte, so ist es dennoch von Bedeutung, an welchem Punkt des Modernisierungsprozesses des Landes eine islamistische Partei die Führung übernommen hat: in der beginnenden Legislaturperiode müssen die Regelungen der neuen Verfassung in angewandte Gesetzgebung umgesetzt und die neuen Freiheiten durch Organisationsgesetze ausgeformt werden – eine neue Generation von Reformen, die durchaus Spielraum zur Gestaltung lassen. Es bleibt zu hoffen, dass auch eine PJD-geführte Regierung diese wichtigen Weichenstellungen in einer fortschrittlichen Art wahrnimmt, bedeutete doch ein Stillstand des Modernisierungsprozesses für das Land bereits einen Rückschritt.

In einer aktuellen Umfrage sprechen über 80 Prozent der Marokkaner Benkirane ihr Vertrauen aus, einmal mehr ein »historischer« Wert in einer Zeit, in der gewöhnlich Misstrauen gegenüber der Politik überwiegt und »Politiker« ein negativ belegtes Wort ist. Dies gibt dem neuen Regierungschef kräftigen Rückenwind für seinen Start, und man mag sich der Hoffnung hingeben, dass sich so viele Menschen nicht täuschen können.



### Über den Autor

**Ulrich Storck** ist Leiter der Landesvertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rabat.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Hajo Lanz, Leiter, Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7426 | Fax: ++49-30-269-35-9233  
[www.fes.de/international/nahost](http://www.fes.de/international/nahost)

Bestellungen/Kontakt hier:  
[Simone.Doebbelin@fes.de](mailto:Simone.Doebbelin@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-019-0